



Innenausschuss

91. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

29. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:47 Uhr

11:55 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder, Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, TOP 2 – Lobbyismus transparent machen - Einführung eines Lobbyregisters in NRW – auf die Oktobersitzung zu schieben.

TOP 5 – Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden – wird als neuer TOP 2 nach vorne gezogen.

1 Die Zukunftsfähigkeit von Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen stärken – Engagement für die Initiative Open Government Partnership aufnehmen

8

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12107

¹ Vertraulicher Teil siehe vAPr 16/71

Erörterung mit dem Beauftragten der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO), Herrn Hartmut Beuß, und Herrn Martin Lehrer M.A., Hauptreferent für Informationstechnologie (Städte- und Gemeindebund NRW) als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen

2 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Die Fraktionen verschieben eine Abstimmung, um noch die Möglichkeiten für einen gemeinsamen Antrag auszuloten.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4225 (Erl.band)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

4 Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR) 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12313

Vorlage 16/4275

– abschließende Beratung und Abstimmung

- 5 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden 29**

Vorlage 16/4188

– Anhörung des Ausschusses

Der Ausschuss beschließt, die Anhörung gemeinsam mit der Beratung zu Drucksache 16/12781 durchzuführen.

- 6 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des energiebedingten Klimaschutzes 30**

Vorlage 16/4189

nachrichtlich: Vorlage 16/4202

– Anhörung des Ausschusses

Die Anhörung des Innenausschusses hat stattgefunden.

- 7 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV) 31**

Vorlage 16/4239

Die Anhörung wird vertagt.

- 8 Opfer nicht aus dem Blick verlieren – Täter ermitteln und bestrafen 34**

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/10787

Und:

**Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.
#Ausnahmslos.**

Antrag

des Abg. Schwerd (fraktionslos)

Drucksache 16/10800

(Ausschussprotokoll 16/1361)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/10787 wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

9 Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12366

(Ausschussprotokoll 16/1407)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12366 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

10 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12781

Stellungnahme 16/4209, weitere Stellungnahmen werden erwartet

11 Islamistische Terrorgefahr frühzeitig erkennen, gezielt und nachhaltig bekämpfen 39

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12835

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12946

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

- 12 Vorwürfe gegenüber ehem. Leitung der EAE Burbach und ZUE Olpe** **40**
(siehe Anlage)
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4283
- 13 Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen wegen Mängeln beim**
Digitalfunk auf Nutzung von Privathandys im Dienst angewiesen? **43**
(siehe Anlage)
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4271
- 14 Chaotischer Ablauf des Auswahlverfahrens für die Zulassung zur**
Förderphase vor dem Studium zum höheren Polizeivollzugsdienst? **44**
(siehe Anlage)
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4272
- 15 Social Media Nutzung der Polizei (siehe Anlage)** **46**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4273
- 16 Wegweisend oder wegweisend? (siehe Anlage)** **47**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4274
- 17 Aktuelle Erkenntnisse zur Anschlagsplanung eines in Köln**
festgenommenen 16-jährigen Syrsers (siehe Anlage) **49**
Bericht der Landesregierung

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4225 (Erl.band)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wenn überhaupt, ist heute nur eine kurze Aussprache vorgesehen. Wir müssen uns aber noch über das Beratungsverfahren verständigen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mitgeteilt, dass ihm die Beratungsergebnisse der Fachausschüsse bis zum 18. November – wegen der sitzungsfreien Woche faktisch am 11. November – vorliegen sollen.

Ich schlage vor, die Beratungen über den Einzelplan am 27. Oktober 2016 durchzuführen. Die Änderungsanträge und die Abstimmung sollen entweder am 3. November unmittelbar nach der Anhörung – Drucksache 16/12341 – oder in einem zusätzlichen Sitzungstermin am Plenardonnerstag, den 10. November von 9 Uhr bis 10 Uhr beraten bzw. abgestimmt werden. Falls es, wie angekündigt, Änderungsanträge geben sollte, muss man diese auch beraten können.

Minister Ralf Jäger (MIK): Im Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2016 stand das Thema „Asyl“ im Fokus während im Haushaltsentwurf 2017 der Bereich „Polizei“ ein eindeutiger Schwerpunkt ist. In diesem Bereich überschreiten die Gesamtausgaben die Grenze von 3 Milliarden € deutlich. Nur zum Vergleich: Im Jahr 2009 lag das Gesamtvolumen für die Polizei noch bei 2,5 Milliarden €. Diese Steigerung ist eine notwendige und richtige Konsequenz aus der veränderten Sicherheitslage.

Wir haben auf die jüngsten Bedrohungen bzw. Terroranschläge in Paris und Brüssel bereits 2015 und 2016 reagiert und leiten im Haushaltsentwurf 2017 weitere Maßnahmen im Bereich „Innere Sicherheit“ ein. Wir schaffen bei der Polizei 699 zusätzliche Planstellen, wovon 100 Planstellen für die Fortsetzung des Stellenpools im Rahmen der Lebensarbeitszeitverlängerung gedacht sind, 100 Stellen stehen den Kreispolizeibehörden außerhalb der Ballungsräume zur Verfügung und 490 Planstellen sind für die Übernahme ausgebildeter Kommissaranwärterinnen und -anwärter vorgesehen.

Im Haushaltsentwurf 2017 weisen wir erstmals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens 2.000 Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter aus – so viele wie in keinem anderen Bundesland. Das ist als historisch zu bezeichnen und ein wichtiger Schritt. Zum einen erfordert dies die Altersstruktur der Polizei, zum anderen muss die Polizei angesichts der vielfältigen Belastungen und neuen Herausforderungen gestärkt werden. Beides werden wir damit erreichen. Auch im Haushalt

der Polizei sind im Vergleich zu 2016 30 Millionen € mehr vorgesehen, bei Sachausgaben sind es 20 Millionen € mehr. Dieses Geld wollen wir vorrangig für Maßnahmen zur Abwehr von Terroranschlägen, für Telekommunikationsüberwachung und für ein zweites Rechenzentrum einsetzen. Wir investieren insbesondere in die neue Schutzausrüstung der Beamtinnen und Beamten und eine Ausstattung mit neuen Waffen.

Die beste Schutzausrüstung ersetzt nicht die Vorbereitung auf bestimmte Lagen und Ereignisse. Insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage haben wir Fortbildungen deutlich gestärkt. Deshalb brauchen wir – dies ist im Haushaltsentwurf auch abgebildet – Mittel für den Ausbau spezieller Trainingsstätten.

Zum Thema „Asyl“: Dieses Kapitel umfasst insgesamt 2,76 Milliarden €. Alle erinnern sich noch an das Jahr 2015, an die große Herausforderung für das Land und vor allem für die Kommunen. Wir haben die Probleme gemeinsam mit den Kommunen sehr gut bewältigt. Zwischenzeitlich sind die Flüchtlingszahlen, wie Sie wissen, gesunken, was sich auch im Haushalt bemerkbar macht. Wir unterstellen für das Jahr 2017 die Zahl von 84.840 Geflüchteten, die nach Nordrhein-Westfalen kommen, was sich nach dem Königsteiner Schlüssel für eine bundesweit unterstellte Zahl von 400.000 Geflüchteten errechnet. Wir kalkulieren mit 45.000 Unterbringungsplätzen landesweit. Das Konzept über 50.000 Plätze – 35.000 aktive Plätze und 15.000 in Reserve – hatten wir Ihnen schon vorgestellt.

Im Asylkapitel sind insbesondere die Ausgaben für die Unterbringung, Sicherheit und Betreuung der Geflüchteten und die entsprechenden Erstattungsleistungen an die Kommunen veranschlagt. Niemand kann absolut sicher abschätzen, wie sich die Zahlen im kommenden Jahr entwickeln werden – das wissen wir schmerzvoll aus der Vergangenheit. Daher haben wir vorsorglich einen Verstärkungstitel von 80 Millionen € eingeplant. Insgesamt unterschreiten wir aber wegen zurückgehender Zahlen deutlich den Ansatz im Kapitel „Asyl“ des Haushaltsplans 2016.

Zu dem Kapitel „Asyl“ gehört insbesondere die FlüAG-Pauschale, die Beteiligung des Landes an den Kosten der Unterkunft für Geflüchtete in den Kommunen. Der Haushaltsentwurf 2017 sieht eine Absenkung der Landeszuweisung um mehr als 750 Millionen € vor. Obwohl der Erstattungsbetrag bei den Kommunen steigt, sinkt insgesamt der Haushaltsansatz. Das hat natürlich mit der deutlich zurückgehenden Zahl von Geflüchteten nach Nordrhein-Westfalen zu tun. In der Vergangenheit existierte ein festes Verfahren für die Verteilung dieser FlüAG-Pauschale von 90 % nach Einwohnern und 10 % nach Fläche. Dieses System stellen wir 2017 um: Das Geld soll nach dem FlüAG-Entwurf pro Kopf berechnet werden. Der FlüAG-Entwurf wird zurzeit von den Verbänden geprüft und wird diesen Ausschuss und das Parlament in den kommenden Monaten beschäftigen.

Ich kündige an, dass wir im Rahmen einer Ergänzungsvorlage nach der aktuellen Entwicklung die Kosten „Asyl“ noch einmal anpassen und die Ansätze noch einmal um ca. 46 Millionen € werden senken können.

Im Bereich „Asyl“ sind natürlich auch Mittel für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber vorgesehen. Wir setzen dabei insbesondere auf freiwillige Rückkehr, was die

schnellste, wirtschaftlichste und für alle Beteiligten sinnvollste Maßnahme ist. Die Ausgaben hierfür werden noch einmal um 2 Millionen € erhöht. Genauso wird die Verfahrensberatung für Asylsuchende noch einmal um 9,5 Millionen € erhöht. Ihnen liegt der Erläuterungsband für den Haushaltsentwurf vor.

Ich möchte noch einige wesentliche Punkte außerhalb der Bereiche „Polizei“ und „Asyl“ ansprechen. Insgesamt verringern sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 609 Millionen €, was im Wesentlichen mit dem Rückgang der Zahl der Asylsuchenden zu tun hat. Das Gesamtvolumen beträgt damit 8,243 Milliarden €. Der Einzelplan ist sehr personalausgabenintensiv. Die Personalausgaben wachsen um 139 Millionen €. Im Sachhaushalt des Einzelplanes sind rund 3,97 Milliarden € veranschlagt. Darin ist auch eine Summe von 15,5 Millionen € für die Durchführung der nächstjährigen Landtagswahlen und Bundestagswahlen in NRW enthalten, hierfür erfolgt eine Kostenerstattung des Bundes.

Wir haben für die Umsetzung des E-Government Gesetzes in diesem Einzelplan knapp 25 Millionen € und weitere 4,37 Millionen € für die Erweiterung des Präventionsprojektes „Wegweiser“ vorgesehen. Zusätzlich sind 1 Million € für die Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in Büren eingeplant, die dringend ausgeweitet werden muss. In diesem personalintensivsten Einzelplan sind die Gesamtausgaben für Personal mit 4,27 Milliarden € veranschlagt.

Gegenüber 2016 sind insgesamt 519 zusätzliche Planstellen vorgesehen, 967 sind neu, 448 fallen weg. Die Bezirksregierungen erhalten 160 neue Planstellen für diverse Fachaufgaben. Darunter befinden sich für den Bereich des Innenressorts unter anderem elf neue Planstellen für den Katastrophen- und Feuerschutz. Wir sind stolz darauf, dass wir auch im Jahr 2017 16 befristete Stellen für schwerbehinderte Menschen einrichten. Der Haushaltsentwurf für 2017 berücksichtigt insgesamt 2.429 Einstellungsermächtigungen, 401 Stellen für Auszubildende. Das ist ein sehr hohes Niveau, das wir im Gegensatz zum letzten Jahr in diesem Jahr noch einmal steigern wollen, denn es kommt darauf an, die demographische Entwicklung auch in der inneren Verwaltung durch zusätzliche Planstellen für Auszubildende abzufedern.

Verena Schäffer (GRÜNE): Es klingt nachvollziehbar, dass man das zweite Rechenzentrum für die Polizei braucht. In welchem Zeitraum soll dieses errichtet werden?

Aus dem Haushaltsentwurf und dem Erläuterungsband geht hervor, dass die Mittel des Verfassungsschutzes erhöht werden. Herr Jäger, Sie hatten gerade gesagt, dass 4,37 Millionen € für „Wegweiser“ veranschlagt sind. Die gesamte Erhöhung der Mittel für den Verfassungsschutz müsste, wenn ich das richtig verstanden habe, demzufolge für „Wegweiser“ aufgewendet werden.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: Überwiegend!)

– Alles klar.

Frank Herrmann (PIRATEN): Zum Personalhaushalt, Kap. 4.3 „kw-Vermerke“, Mengengerüst auf Seite 16: In der Folgetabelle auf Seite 17 ist aufgeführt, wann die kw-

Vermerke fällig werden. Bei der Polizei werden danach im nächsten Jahr sehr viele fällig, im Jahr 2021 jedoch gar keine mehr. Wie muss ich diese Zahlen verstehen?

Sie haben gerade „Wegweiser“ bzw. die Salafismusprävention insgesamt genannt. Wie viel Geld ist insgesamt für die Prävention in dem Segment vorgesehen. Wie werden konkrete zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt?

Lothar Hegemann (CDU): Herr Jäger, können wir den Teil des Sprechzettels haben, auf dem die Zahlen stehen?

(Werner Lohn [CDU]: Vor allem die Veränderung zu Entwurf! – Minister Ralf Jäger [MIK]: Welche Veränderungen zum Entwurf? – Werner Lohn [CDU]: Sie haben doch weitere Reduzierungen bei Flüchtlingsausgaben angekündigt! – Staatssekretär Bernhard Nebe (MIK): Das können Sie im Frühjahrsentwurf nachlesen!)

Herr Jäger, Sie sagten, dass neue Waffen beschafft werden. Handelt es sich um durch Neueinstellungen bedingte zusätzliche Waffen oder um neuartige Waffen?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Kann der Sprechzettel zur Verfügung gestellt werden bzw. die Zahlen, die gerade nachgefragt wurden?

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich habe nicht eins zu eins von meinem Zettel, sondern mehr oder weniger frei vortragen. Die Zahlen ...

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Die stehen doch alle im Haushaltsentwurf!
– Thomas Stotko [SPD]: Im Erläuterungsband!)

Staatssekretär Bernhard Nebe (MIK): Die Fragen bezüglich der Flüchtlinge und der 46 Millionen € weniger im FlüAG können wir Ihnen gerne noch einmal schriftlich darstellen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Es war doch von 600 Millionen € die Rede!)

– Die Ansätze im Asylkapitel für die Flüchtlingsunterbringung und die im Ergänzungshaushalt vorgeschlagene Absenkung um 46 Millionen € gegenüber dem im Moment im Haushalt aufgeführten Ansatz können wir Ihnen gerne noch einmal darlegen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Darauf kommen wir zurück!)

Christian Dahm (SPD): Herr Minister Jäger hat eben ausgeführt, dass die Unterbringungsanstalt Büren 1 Million € mehr Geld bedarf. Hat das etwas mit den Umbaumaßnahmen oder mit der Ausschreibung hinsichtlich der Bewachung und Sonstigem zu tun?

Marc Lürbke (FDP): Zum „Kapitel“ Polizei, Herr Minister: Entsprechen die 100 Stellen – vergleichbar dem gehobenen Dienst – zur Stärkung der Kreispolizeibehörden außerhalb der Ballungsräume den zusätzlichen Tarifbeschäftigten?

(Minister Ralf Jäger [MIK] nickt zustimmend.)

– Alles klar.

Ministerialdirigentin Ursula Steinhauer (MIK): Die Ausgaben zur Prävention, die hier eingestellt sind, sind nicht für Hilfsorganisationen gedacht, sondern sie beziehen sich auf Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes.

Neben dem Projekt „Wegweiser“ sind noch andere Mittel im Etat vorgesehen, allerdings nicht in so hohem Umfang. Zum einen sind es Mittel, ungefähr 300.000 €, für den erhöhten Geschäftsbedarf aufgrund des Personalzuwachses. Bei Personalzuwachs sind natürlich auch Erhöhungen der Sachmittel erforderlich. Der Kosten für die Akademie für Verfassungsschutz und die Beträge von 300.000 € für „Digitalfunk/IT-Ausstattung“ und für „Ersatzbeschaffung Dienst-Kfz“ sind zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes eingeplant.

Das zweite Rechenzentrum der Polizei soll in Hagen entstehen. Bisher haben wir nur an einem Standort ein Rechenzentrum, und ein Ausfall wäre sehr gefährlich für die Polizei. Den genauen Zeitplan kann ich Ihnen nicht nennen, den müssten wir Ihnen gesondert nachliefern.

Die Waffen kennen Sie aus dem zweiten Nachtragshaushalt 2016. Dort waren eine ganze Reihe Verpflichtungsermächtigungen eingestellt, die sich auch auf die Waffen bezogen. Es waren Waffen für den Bedarf zur Terrorabwehr beim Wach- und Wechseldienst aufgeführt – Maschinenpistolen, Magazine und die Ausrüstung für die Streifenwagen. Außerdem waren im Nachtragshaushalt Maschinenpistolen für den akuten Bedarf der Bereitschaftspolizei und der Alarmzüge enthalten. Weiterhin bestand Bedarf bei der Munition. Die Beschaffung dieser Posten wurde allerdings nur mit einer Verpflichtungsermächtigung vorbereitet. Die Zahlungen werden im Haushalt 2017 abgebildet.

(Marc Lürbke [FDP]: Wie ist der Verteilungsschlüssel für die Kreispolizeibehörden außerhalb der Ballungsgebiete?)

– Für die Regierungsbeschäftigten weiß ich das nicht auswendig. Das können wir nachliefern.

Staatssekretär Bernhard Nebe (MIK): Herr Lürbke, zielt Ihre Frage wirklich auf die schriftliche Darstellung, wo nach der Verteilung die vier dann rechnerisch überbleibenden Stellen untergebracht worden sind?

Marc Lürbke (FDP): „Alle Behörden außerhalb der Ballungsgebiete“ – das heißt für mich „alle Landratsbehörden“, und davon gibt es nicht 47, sondern 29. Dann passt es erst recht nicht.

Staatssekretär Bernhard Nebe (MIK): Alle Kreispolizeibehörden II.

Marc Lürbke (FDP): Okay. Dann können wir darauf verzichten.

Minister Ralf Jäger (MIK): Zu der Frage von Herrn Herrmann: Die weiteren Präventionsmittel sind nicht Gegenstand des Einzelplanes 3, sondern Gegenstand der übrigen Einzelpläne.

Ministerialdirigentin Monika Schneider (MIK): Zu Herrn Dahms Frage nach dem Posten von 1 Million € für die Einrichtung in Büren: Es sind unterschiedliche Positionen betroffen. Die einzelnen Positionen ergeben sich auch aus dem Haushaltsentwurf, zum einen aus dem Ausbau der Einrichtungen, zum anderen aus der anwachsenden Belegung. Die Kosten für den Umbau sind schon im Haushalt 2016 etatisiert worden und bilden sich im Haushaltsentwurf 2017 nicht mehr gesondert ab. Es handelt sich um Sachmittel.